



# Rundbrief

Oktober 2022



Frauen vor dem Registan-Platz in Samarkand

Foto: Berenika Zeller

Liebe Leserschaft

Der vorliegende Rundbrief steht im Zeichen verschiedener Thematiken von Frauen und derer Lebensräume sowie dem Anspruch nach mehr Gleichstellung der Geschlechter. Dies ist ein nach wie vor aktuelles und wichtiges Anliegen, welches immer wieder zugunsten brisanterer Themen in den Hintergrund gedrängt wird. Umso mehr lohnt es sich, diesem Aspekt in verschiedenen Teilnehmerstaaten der OSZE Aufmerksamkeit zu widmen.

Als Frau freut es mich umso mehr, dass sich unser Vorstandsmitglied **Rolf Stücheli** der Aufgabe angenommen hat, für den vorliegenden Rundbrief zu Verpflichtungen und allgemeinen Leitlinien der OSZE bezüglich Frauen und Gender zu recherchieren. Als Ergänzung dazu ist **Heidi Meinzolt's** Beitrag zur Arbeitsgruppe der Civic Solidarity Platform für Frauen und Gender-Realitäten in der OSZE gedacht. Auch ein Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter in der Schweiz darf nicht fehlen: Für ihre kritische Auseinandersetzung mit der auf sich wartenden tatsächlichen Gleichstellung danke ich **Maya Graf**, Co-Präsidentin von alliance F, herzlich.

Der nächste Themenblock beschäftigt sich mit dem leider nach wie vor hochaktuellen russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Dabei wird die Debatte von verschiedenen Seiten beleuchtet: Neben einem Beitrag der Journalistin **Cornelia Wegerhoff** zu Gewalt an Frauen im Zuge des Krieges in der Ukraine stellt die Historikerin und Praktikerin in der Friedensförderung **Cécile Druet** mit der «Women's Initiatives for Peace in Donbas/s» eine grenzübergreifende Kooperation im Umgang mit dem Konflikt im Donbas vor. Zudem berichte ich selbst von meinen Erlebnissen und Gesprächen mit Frauen in Russland und anderswo während den ersten Monaten des Angriffskrieges.

Schliesslich widmen wir uns zwei weiteren Regionen der OSZE: Zum einen berichtet **Laura Meier**, Doktorandin in Soziologie, von Frauenbewegung(en) im ehemaligen jugoslawischen Raum, zum anderen interviewt **Berenika Zeller** die usbekische Fotografin und Aktivistin Kamila Rustambekova.

In der Hoffnung, Ihnen möglichst breite wie auch interessante und ansprechende Inhalte zu bieten, wünsche ich Ihnen viele anregende und nachdenkliche Momente mit dem vorliegenden Rundbrief.

Michèle Häfliger, Vorstandsmitglied

## GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER IN DER OSZE UND IHREN TEILNEHMERSTAATEN

„ ... Volle und echte Gleichstellung von Mann und Frau ist ein grundlegender Aspekt einer gerechten und demokratischen, auf Rechtsstaatlichkeit beruhenden Gesellschaft.“ (Moskauer Dokument der Konferenz über die Menschlichen Dimension der KSZE vom 3.10.1991, § 40).

### Internationale Rechtsgrundlagen

Gleiche Rechte für Frau und Mann (Geschlechter-Gleichstellung) sowie das Verbot der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts gehören zum Kern des internationalen Menschenrechts-Bestandes. Sie sind verankert in der **UNO-Menschenrechts-Erklärung von 1948** sowie den darauf fussenden **Menschenrechts-Pakten** (I & II 1966). Speziell den Frauenrechten gewidmet ist die **UN-Konvention gegen jede Form der Diskriminierung der Frau** (CEDAW 1979). Im **Europarat** ist die Geschlechter-Gleichstellung verankert und einklagbar aufgrund der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK 1950). Dem Fernziel der Geschlechtergleichheit („Gender Equality“) widerspricht die „Gender Inequality“ (Ungleichbehandlung), nicht aber die „Gender Difference“ (Gleichwertigkeit unterschiedlicher Rollen in der Gesellschaft).



Gender Equality in der OSZE

Foto: OSCE/Volodymyr Gontar

### Dimensionen, Strukturen und Verpflichtungen der OSZE

Die nach dem Kalten Krieg aus der KSZE entwickelte OSZE mit Hauptsitz in Wien beruht auf einem umfassenden Sicherheitsbegriff, der drei Dimensionen unterscheidet: die Politisch-Militärische (I. Hard Security) und als Gegengewicht die Menschliche Dimension (III. Human Security) sowie dazwischen die Wirtschafts- und Umwelt-Dimension (II.). Als Teil der Menschenrechte gehört die Geschlechter-Gleichstellung zur III. Dimension, mit der sich vor allem das Büro für Demokratie und Menschenrechte (ODIHR in Warschau) befasst. Die Konsensbeschlüsse des jährlichen Ministerrates sind nicht verbindliches Völkerrecht, sondern politische Verpflichtungen („commitments“), deren Umsetzung durch die 57 OSZE-Staaten gegenseitig angemahnt werden kann. Für Gender-Fragen liegt die Fachverantwortung primär beim ODIHR, das die Regierungen (z.B. durch Feldmissionen im

Westbalkan und Südkaukasus, in Osteuropa und Zentralasien) bei der Umsetzung unterstützt. Daneben wirkt im Generalsekretariat eine eigene Sektion, welche das Gender-Mainstreaming innerhalb der OSZE-Strukturen aller Dimensionen um- und durchsetzt (z.B. Nulltoleranz für sexuelle Belästigung).

### Basis-Dokumente und Fortentwicklung der Gender-Verpflichtungen

Nach der Moskauer Konferenz von 1991 zur Menschlichen Dimension fand die Pflicht der OSZE-Staaten zur Gleichstellung der Geschlechter Eingang in die „**Charta für europäische Sicherheit**“ des Istanbul-Gipfels von 1999 – zehn Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer. Darin erklären die Regierungen, dass „die volle und gleichberechtigte Ausübung der Menschenrechte durch Frauen wesentlich ist, um mehr Frieden, Wohlstand und Demokratie in der OSZE-Region zu erreichen“. Sie verpflichten sich, die Gleichstellung von Mann und Frau zum integralen Bestandteil aller Politiken auf der Ebene der Staaten wie innerhalb der Organisation zu machen.

Ein grosser Schritt hierzu erfolgte fünf Jahre später in Sofia mit dem **Aktionsplan zur Förderung der Geschlechter-Gleichheit**. Dieser Plan geht davon aus, dass „die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit zentral sind für das umfassende Sicherheitskonzept der OSZE“. Auf dem Weg zur „Gender Parity“ behandelt der Aktionsplan die Politiken, Strategien, Projekte, Programme und Aktivitäten der Organisation zum Gender-Mainstreaming sowie die Unterstützung der Teilnehmerstaaten durch die OSZE-Strukturen bei der Förderung der Geschlechter-Gleichstellung. Intern soll die Organisation verstärkt und nachhaltig ein gendersensitives, professionelles Arbeitsumfeld mit adäquater Management-Kultur entwickeln, ebenso ein Gleichgewicht der Geschlechter beim Personal in der Zentrale, den dezentralen Institutionen (ODIHR, Nationale Minderheiten & Medienfreiheit) sowie den Feldmissionen; darüber hat das Sekretariat dem Rat Rechenschaft abzulegen (Jahresberichte & jährlicher Evaluationsbericht des GS).

### Weitere Gender-Dokumente und -Entwicklungsschritte bis in die jüngste Zeit

In Ljubljana fasste der Ministerrat 2005 den Beschluss zur **Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen**. Dieser knüpft namentlich an die Resolution 1325 (2000) des UN-Sicherheits-

rates über Frauen, Sicherheit und Frieden an, welche u. a. volle Achtung und Schutz der Rechte von Frauen und Mädchen in **bewaffneten Konflikten** verlangt und die Staaten auffordert, die Straffreiheit der Urheber von geschlechtsspezifischer Gewalt zu verhindern.

2014, im (nach 1996) zweiten Vorsitzjahr der Schweiz, fasste der Ministerrat in Basel einen **zweiten Beschluss zur Gewalt gegen Frauen**. Von der Überprüfungs-konferenz zur Gleichstellung der Geschlechter (Wien, Juli 2014) ausgehend, werden die Staaten zu weiteren Massnahmen, insbesondere zum Opferschutz, aufgefordert. Ein weiterer Beschluss beauftragte das nachfolgende Vorsitzland Serbien, die entsprechende Ergänzung des Gender-Aktionsplan von 2004 vorzubereiten.

Nach der zweiten Wiener Überprüfungs-konferenz fasste der Ministerrat 2018 in Mailand einen **dritten Beschluss zur Gewalt gegen Frauen**, der auch Mädchen einbezieht. Darin wird namentlich häusliche und sexuelle Gewalt, sexuelle Ausbeutung oder Belästigung bis hin zum Menschenhandel (Human Trafficking) ins Visier genommen.

Die dritte **Überprüfungs-konferenz zur Gender Equality** vom Oktober 2020 stellte für 2017-2019 neben einzelnen Fortschritten eine erlahmende Dynamik auf dem Weg zur Gender-Gleichheit fest.

Seit 2018 verleiht der Generalsekretär jährlich den „Gender Champion Award“ für herausragende Leistungen innerhalb der OSZE zugunsten der Geschlechter-Gleichstellung und -Gleichheit.

Im **jüngsten Fortschrittsbericht** (2022) für das Jahr 2021 meldet Generalsekretärin Helga Schmid deutliche Erfolge wie auch Handlungsbedarf für Frauen im Bereich „Peace & Security“ (Führungspositionen & Netzwerke, Einbezug in Konfliktlösungsarbeit für Moldawien & Ukraine). Sie betont den Ausbau einer mehrdimensionalen Strategie bei Gewalt gegen Frauen und Mädchen (z. B. Gender & Korruption), während das Gender-Mainstreaming zunehmend in neue Projekte und die Weiterbildung des Personals aller Exekutivstrukturen und Feldmissionen einbezogen wird.

Die gleiche Vertretung von Frauen und Männern auf allen Ebenen der Organisation bleibt ein ausdrückliches Ziel der OSZE. **Das ODIHR-Programm für Genderfragen** arbeitet mit der Gender-Sektion an der Entwicklung und Umsetzung einer **Gender Parity-Strategie**, welche das hohe Ziel des Geschlechter-Gleichstands bis 2026 erreichen soll.

Rolf Stücheli, 2005-2010 Schweizer Gesandter und stv. Delegationschef bei der OSZE

## ARBEITSGRUPPE DER CIVIC SOLIDARITY PLATFORM FÜR FRAUEN UND GENDER

Die Gruppe «Women and Gender Realities in the OSCE Region» wurde als Arbeitsgruppe des zivilgesellschaftlichen Dachverbands von Menschenrechtsorganisationen, der Civic Solidarity Platform (CSP), im Jahr 2015 während des deutschen OSZE-Vorsitzes gegründet. Die Koordination liegt seitdem bei Heidi Meinzolt und WILPF Deutschland. In den letzten Jahren wird die Gruppe vom deutschen Aussenministerium gefördert und wächst u. a. mit jedem neuen OSZE-Vorsitzland. Die Gruppe steht allen Frauen offen, die sich im Bereich Frieden und Frauenrechte in den Staaten der OSZE engagieren. Aktuell sind Frauen aus unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz, Italien, Schweden, Belarus, der Ukraine, Serbien, Albanien, Georgien, Armenien und Kirgistan aktiv – vor Ort, international und grenzüberschreitend vernetzt. Die Gruppe arbeitet mit einem partizipatorischen Ansatz und pflegt eine institutionelle Anbindung.

### Überzeugungen und Ansätze der Arbeitsgruppe

Die Beschäftigung mit der praktischen Umsetzung der Frauen-Friedens- und Sicherheitsagenda und ihrer Lokalisierung insbesondere in Konflikten ist seit Beginn vorrangig. Sie basiert auf einem intersektionalen Ansatz, der in einer cross-dimensionalen Herangehensweise an die drei OSZE Dimensionen (Sicherheit – menschliche Dimension – Wirtschaft und Ökologie) seine feministische Entsprechung findet. Somit geht es um «menschliche Sicherheit», Rechte und Schutz von Frauen und insbesondere Menschenrechtsverteidiger\*innen. Dies verbinden wir mit Ansätzen feministischer Wirtschaft und Klimagerechtigkeit – insbesondere im Zusammenhang mit Militarisierung.



CSP-Arbeitsgruppe in Bratislava 2019 mit Vertreterinnen der OSCE Gender Unit  
Foto: Heidi Meinzolt

Langsam bekommt diese komplexe Agenda ihren Niederschlag auch in den Prioritäten des jeweiligen OSZE-Vorsitzes (explizite Nennung z. B. im Vorfeld des nordmazedonischen Vorsitzes – auch wenn Rückschläge vorkommen, etwa als der polnische Vorsitz nach dem schwedischen wieder von chairpersonship zu chairmanship zurückkehrte). Die Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnisse zeigen, dass **nachhaltige Konfliktlösung und Friedensarbeit nur aus gleichberechtigten Gesellschaften heraus eine echte Chance haben** und Verhandlungen sowie politische Prozesse nur mit angemessener Beteiligung von Frauen erfolgreich sein können. Dies haben die Zivilgesellschaft – insbesondere die Frauengruppen – immer wieder hervorgehoben und in konkrete Forderungen eingegossen. Auch in den OSZE-Institutionen und den meisten Regierungen kann man darauf nicht mehr verzichten: Mediator\*Innenausbildungen werden konzipiert, Konfliktanalysen gegendert, diplomatische Dienste geschlechtergerechter besetzt und der Schutz von Menschenrechtsverteidiger\*innen wird betont. Dank der Arbeitsgruppe findet sich jüngst in Dokumenten der CSP- und OSZE-Institutionen auch die Forderung, dass in Konflikten die Frauen-Friedens-Sicherheitsagenda (Partizipation, Protektion, Prävention) umgesetzt werden muss. Wir vertreten eine transformative Agenda mit einem menschlichen, weniger geostrategischen Blick auf das Weltgeschehen.



Die CSP-Arbeitsgruppe in Stockholm 2021 mit Amarsaana Darisuren, OSCE Gender Unit Foto: Heidi Meinzolt

### Arbeitsbereiche der Arbeitsgruppe

**Internationale Netzwerkarbeit** mit regelmäßigem Erfahrungsaustausch, Vorbereitung gemeinsamer Konzeptionen und Stellungnahmen im Konfliktfall und Krieg, begleitet durch Webinare und Social-Media-Aktivitäten. Die Frauen der Arbeitsgruppe haben z. B. sofort nach Ausbruch der Unruhen und der militärischen Konfrontation in Kasachstan und Kirgistan mit Aktivistinnen aus der Region diskutiert und dies online für ein internationales

Publikum geöffnet. Wir haben Dokumentationen über (geschlechtsspezifische) Gewalt im Krieg in Berg-Karabach mit Ombudsleuten vor Ort erstellt und Menschenrechtsverletzungen sichtbar gemacht. Weiter haben wir Dialogmechanismen mit Frauen im Donbass gestärkt und im Krieg in der Ukraine Solidaritätsaktionen für Frauen auf der Flucht und im Exil organisiert sowie die Kriegsdienstverweigerung von russischen und belarussischen Männern unterstützt. Wir haben «best practice»-Beispiele in der Umsetzung der Frauen-Friedens-Sicherheits-Agenda gesammelt und untereinander und mit politischen Entscheider\*innen diskutiert.

**Advocacy Arbeit** im Rahmen der CSP mit Stellungnahmen zu Genderrelevanz und Intersektionalität in Zusammenarbeit mit Institutionen (prioritär OSZE-Gender Unit, ODIHR, women-peace-builder-Netzwerk). Stellungnahmen zu feministischer Außenpolitik, Migration und forced displacement gehen auch an nationale Regierungen. Wir organisieren Veranstaltungen zur Analyse von Business und Menschenrechten aus feministischer Sicht, z. B. an der Universität in Charkiw, und beteiligen uns aktiv an kulturellen Aktivitäten: ein Menschenrechtsfilmfestival verbunden mit Lesungen vor Ort in Kirgistan oder eine Preisverleihung an junge Friedensaktivistinnen aus dem Kaukasus und der Welt an einer internationalen Konferenz in Eriwan. Die Gruppe verfasst Beiträge zu Abrüstungsinitiativen, zur Beteiligung von Frauen in allen Konfliktzyklen (vgl. Stockholm-Deklaration der CSP von 2020), für CSP-Publikationen und Webseiten der Partnerorganisationen. Sie begleitet grenzüberschreitende Netzwerkarbeit (im Donbass, in Berg-Karabach, im Balkan), sie schafft Chancen von Versöhnungs- und Verständigungsarbeit durch lokale Treffpunkte. Mitglieder dokumentieren Vertreibung, Flucht und Menschenrechtsverletzungen.

**Aktivismus:** Der dritte Schwerpunkt liegt in der Unterstützung sowie dem Schutz lokaler Aktivitäten und Aktivist\*innen z. B. in Georgien und der Ukraine, Cross-Border-Gespräche, Trainings von Jugend- und Frauengruppen zu lokalen und regionalen Problemen, Aufklärungsaktionen zu fake news und feministischem Journalismus, regionale Partneraktivitäten zu Solidarität, kleinere Tagungen und Gesprächsformate zum Austausch, zur Stärkung von Resilienz und zum Empowerment.

Die Zusammenarbeit macht Spass, sie bereichert und wir vertreten das Prinzip «No Care – No Peace!».

Heidi Meinzolt, Koordinatorin der CSP-Arbeitsgruppe für Frauen und Gender

## IN DER SCHWEIZ LÄSST DIE TATSÄCHLICHE GLEICHSTELLUNG NOCH LANGE AUF SICH WARTEN

**Wenn es in diesem Tempo weitergeht, dauert es in der Schweiz noch Jahrzehnte bis zur tatsächlichen Gleichstellung von Mann und Frau.**

In der Schweiz kommt die Gleichstellung nur sehr langsam voran. Dieses Jahr gehts sogar ein kleines Stück rückwärts, zumindest nach dem kürzlich publizierten Gleichstellungs-Report des WEF, wo die Schweiz vom 10. auf den 13. Platz zurückfiel<sup>1</sup>. Auch Studien, die nur auf die Schweiz fokussieren, so der anfangs September veröffentlichte Bundesratsbericht zu Einkommensunterschieden zwischen Frauen und Männern<sup>2</sup>, zeigen fast keine Fortschritte.

Nun gut, der Bund der Schweizerischen Frauenorganisationen, alliance F, als dessen Co-Präsidentin ich diesen Text schreibe, muss wahrlich einen langen Atem bewahren. Denn schliesslich **setzt sich alliance F seit mehr als 120 Jahren für die politische Rechte der Frau und ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit ein**. Sie trug unter anderem zur Einführung des Frauenstimmrechts bei (1971), zur Gleichstellung der Geschlechter in der Verfassung (1981) und zur Einführung des Mutterschaftsurlaubs als Pflicht (2005). Mit der tatsächlichen Gleichstellung hapert es jedoch gewaltig.

Werfen wir einen Blick auf Statistiken zur Gleichstellung. Die aktuellen Zahlen des Bundesamtes für Statistik zur Lohngleichheit datieren aus dem Jahr 2018 und zeigen, dass Frauen durchschnittlich 19 Prozent weniger verdienen als Männer, 2012 waren es 19,3 Prozent. Der Wert hat sich also in 6 Jahren fast nicht verbessert. Ein Teil dieser **Lohndifferenz** entsteht, weil Männer besser bezahlte Jobs ausüben, und sie öfter in Kaderpositionen tätig sind. Dennoch bleibt nach Abzug dieses erklärbaren Teils **8,1 Prozent Unterschied** übrig, der **rational nicht zu begründen** ist.

Frauen haben zudem eine **deutlich schlechtere Altersvorsorge** als Männer. Sie erhalten nach der Pensionierung 34,6 Prozent (Stand 2020) weniger Rente. Dieser sogenannte Gender-Pension-Gap ist vor allem auf die 2. Säule zurückzuführen, in der Frauen oft infolge Teilzeitarbeit und kleineren Löhnen schlechter versichert sind. **Bei der BVG21-Reform** setzt sich alliance F für die Abschaffung des fixen Koordinationsabzuges ein, eine Forderung, welche Politikerinnen und alliance F seit 35 Jahren erheben. Dass die Geduld der Frauen langsam am Ende ist, hat der Frauenstreik am 14. Juni 2019 eindrücklich gezeigt, wo über eine halbe Million Frauen und auch Männer für mehr Gleichstellung in allen Lebensbereichen demonstrierten. Und bei den nationalen Wahlen im Herbst 2019 wurden noch nie so viele Frauen ins Parlament gewählt – auch dank Helvetia Ruft, dem parteiübergreifenden Wahlprojekt von alliance F.

Damit der Frauenwahl 2019 eine erfolgreiche Gleichstellung-Legislatur folgen kann, hat Alliance F die dafür wirksamsten Massnahmen in einem Gleichstellungs-

Legislativprogramm zusammengefasst<sup>3</sup>. Einige unserer Forderungen werden bereits umgesetzt oder deren Erfüllung ist in den nächsten Jahren wahrscheinlich. So etwa die **Individualbesteuerung**: Nach wie vor werden Frauen nämlich auf der Steuerrechnung ihrer Ehemänner veranlagt. Dieses Steuersystem beruht auf dem Familienmodell der Nachkriegszeit: Die Frau gibt nach der Heirat die Erwerbstätigkeit für den Rest ihres Lebens auf. Bei einer gemeinsamen Veranlagung kombiniert mit einem progressiven Steuertarif wird das Einkommen der Zweitverdienenden zu einem deutlich höheren Steuersatz besteuert. In fast 90 Prozent der Haushalte betrifft dies das Einkommen der Frau. Zurzeit erarbeitet der Bundesrat einen Vorschlag für ein faireres Steuermodell. Alliance F hat zudem anfangs September eine Volksinitiative miteingereicht, die ebenfalls die Individualbesteuerung fordert und den Druck auf Parlament und Bundesrat aufrechterhält.



Präsidentinnenkonferenz alliance F im Bundeshaus, 2021

Foto: alliance F

Eine andere wesentliche Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist **eine bezahlbare externe Kinderbetreuung**. In der Schweiz liegen die durchschnittlichen Kosten für einen Krippenplatz zwischen 110 und 130 Franken pro Tag. Im Schnitt tragen Eltern zwei Drittel der Kosten, was im internationalen Vergleich ein sehr hoher Anteil ist. Eine bessere externe Kinderbetreuung ermöglicht Frauen, nach dem Mutterschaftsurlaub an den Arbeitsplatz zurückzukehren. Zurzeit erarbeitet die zuständige Nationalratskommission ein Gesetz, um die temporäre Anschubfinanzierung für Kindertagesstätte in eine definitive und zeitgemässe Lösung zu überführen.

Bei anderen Forderungen ist eine baldige Erfüllung leider noch nicht in Sicht. So gehört die Schweiz punkto **Elternzeit** zum Schlusslicht unter den OECD-Ländern.

Die heutige Gesetzgebung gibt vor, dass ausschliesslich Mütter und nicht beide Elternteile nach der Geburt eines Kindes bei der Arbeit ausfallen. Die Forschung zeigt auf, dass diese einseitige Regelung eine der Hauptursachen für die anhaltende Benachteiligung von Frauen ist – und zwar sämtlicher Frauen, nicht nur von Müttern. Die Aufteilung des Erwerbsausfallrisikos auf

beide Geschlechter ist darum eine zentrale Schlüsselstelle zur Ermöglichung von Gleichstellung.

Es braucht die Anstrengung und den Willen aller, um die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann endlich voran zu bringen – zum Nutzen und Wohl der ganzen Gesellschaft.

Maya Graf, Co-Präsidentin alliance F, Ständerätin

<sup>1</sup> Global Gender Gap Report 2022 des World Economic Forum

[https://www.weforum.org/reports/global-gender-gap-report-2022?DAG=3&gclid=CjwKCAjw1ICZBhAzEiwAFFvFhBpoiQg48Ax-M2abUyxvA0sdTgycXzaPRnEULk-AxWb-YE6IZuX1hoCt68QAvD\\_BwE](https://www.weforum.org/reports/global-gender-gap-report-2022?DAG=3&gclid=CjwKCAjw1ICZBhAzEiwAFFvFhBpoiQg48Ax-M2abUyxvA0sdTgycXzaPRnEULk-AxWb-YE6IZuX1hoCt68QAvD_BwE)

<sup>2</sup> Bundesratsbericht September 2022: Erfassung des Gender Overall Earnings Gap und anderer Indikatoren zu geschlechterspezifischen Einkommensunterschieden

<https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/73041.pdf>

<sup>3</sup> Link zum Gleichstellungs-Legislativprogramm von alliance F

<https://de.alliancef.ch/politisches-engagement#legislativprogramm>

## KONTINUUM DES LEIDS

### In der Ukraine häufen sich Berichte über Vergewaltigungen durch russische Armeeeingeborene. Sexualisierte Gewalt ist inzwischen als Kriegsverbrechen anerkannt – wenn sie bewiesen werden kann.

Marta Havryshko sucht nicht lange nach Worten. «Ich denke, der Begriff, mit dem sich die Situation am ehesten beschreiben lässt, ist **Horror**.» Die Historikerin aus Lwiw erforscht seit Jahren die sexualisierte Gewalt in Kriegen und Genoziden weltweit, insbesondere während des Holocaust in der Ukraine. Die grauenvollen Situationen, die damalige Zeitzeug\*innen beschrieben hätten, wiederholten sich jetzt, sagt die 37-jährige Ukrainerin erschüttert. «Es sind die gleichen Muster.»

Havryshko (...), die Anfang März selbst in die Schweiz geflohen ist (...), hat vor Kurzem geflüchtete Frauen aus Mariupol getroffen. Diese hätten während der Belagerung der ukrainischen Hafenstadt nachts keine Sekunde geschlafen. Zu gross war die Angst, dass russische Soldaten die Dunkelheit nutzen, um ihre Töchter zu kidnappen oder sie selbst vor den Augen der Familie zu vergewaltigen. Berichte von Ukrainerinnen, die genau jene Gräueltaten beschreiben, häufen sich. Die entblößten Leichen ermordeter Frauen in Butscha und andernorts beweisen, dass die russische Armee **sexualisierte Gewalt als Kriegswaffe** einsetzt.

#### Täter bleiben oft straffrei

Am 11. April erhob Kateryna Cherepakha, die Vorsitzende der Hilfsorganisation La Strada Ukraine, vor dem Uno-Sicherheitsrat in New York den gleichen Vorwurf (...): «Allein heute gab es neun Fälle von Vergewaltigungen durch russische Soldaten.» Cherepakha nannte die Orte, sprach von Traumatisierung und davon, dass diese Fälle nur «die Spitze des Eisbergs» seien. Denn die, die es geschafft hätten, an sichere Orte zu gelangen, könnten über das Erlebte meist nicht sprechen. «Sie brauchen zuerst Unterstützung, Therapie, Heilung», sagte die ukrainische Aktivistin. **Viele Fälle geschlechtsspezifischer Gewalt kämen womöglich nie ans Tageslicht.**

«Das Thema ist extrem stigmatisierend», bestätigt Monika Hauser, Gynäkologin und Gründerin von Medica Mondiale. Die deutsche Frauenrechtsorganisation setzt sich für ein Ende der sexualisierten Gewalt ein und unterstützt weltweit und auch in der Schweiz Partnerorganisationen, die kriegstraumatisierten Frauen psychosoziale Hilfe anbieten. «In patriarchalen Gesellschaften wird den Frauen die Schuld zugeschoben und ihnen vorgeworfen, sie selbst hätten die «Ehre» verletzt und nicht etwa der Täter», erklärt Hauser. Erst wenn diese Denkweise aufgebrochen werde, könne darüber gesprochen werden, dass Frauen schwerste Menschenrechtsverletzungen erlebt hätten und dass sowohl die Familien als auch die gesamte Gesellschaft darum bemüht sein müssten, die Frauen wieder in ihre Mitte zu nehmen und nicht auszugrenzen. (...)

#### Langfristige Hilfe nötig

Mit Blick auf die Lage in der Ukraine fordert Medica Mondiale, dass dortige Frauenrechtsorganisationen und Aktivist\*innen unterstützt werden. Überlebende sexualisierter Gewalt im Krieg benötigten langfristige, ganzheitliche und sensible Unterstützung. Das staatliche Gesundheitspersonal und die Mitarbeiter\*innen von Beratungsstellen müssen geschult werden, um die Betroffenen traumasensibel unterstützen zu können. Hauser kritisiert, dass über sexualisierte Gewalt in der Ukraine zum Teil reisserisch berichtet werde, und **fordert mehr Respekt für die Opfer**. Dass Vergewaltigungen strategisch angeordnet worden seien, könne wohl in den wenigsten Fällen bewiesen werden. Aber Befehle seien gar nicht nötig (...): «Und wenn Putin die Täter von Butscha ehrt, dann ist das eine klare Legitimation», stellt Hauser fest.

Bei der Sitzung des Uno-Sicherheitsrats am 11. April 2022 sagte der Botschafter Russlands knapp, russische Soldaten begingen keinerlei sexualisierte Gewalttaten.

Amnesty International hat jedoch andere Informationen, etwa von einer Frau in der Ukraine, die mehrfach von russischen Soldaten mit vorgehaltener Waffe vergewaltigt wurde. Und das, nachdem ihr Mann zuvor aussergerichtlich hingerichtet worden war.

In der Tat habe auch die Ukraine **in Sachen Geschlechtergerechtigkeit einiges nachzuholen**, sagt die Historikerin Havryshko. Frauen stellten im Parlament nur 20 Prozent der Abgeordneten. Sie müssten aber auf höchstem Niveau mitverhandeln, wenn es um die Zukunft der Ukraine gehe. Denn der Horror müsse so schnell wie möglich ein Ende haben. Die jüngste

schlechte Nachricht aus ihrer Heimat zeige, wie gefährdet Ukrainerinnen in den russisch besetzten Gebieten seien: In Cherson sei eine befreundete Psychologin entführt worden. «Am frühen Morgen sind sechs russische Soldaten in ihre Wohnung gestürmt und haben sie mitgenommen», sagt Havryshko. Noch wisse niemand, was ihrer Freundin zugestossen sei.

Cornelia Wegerhoff

*Der Text ist erschienen in «AMNESTY – Magazin der Menschenrechte» vom August 2022. Abdruck (leicht gekürzt) mit freundlicher Genehmigung der Redaktion und der Autorin.*



Irpin bei Kyiv, März 2022

Foto: Victoria Ivleva

## KRIEG IM DONBAS: EIN MOSAIK VIELER WAHRHEITEN

**Der Krieg in der Ukraine hält die Weltöffentlichkeit seit dem Frühling dieses Jahres in Atem, doch für viele Leute in der Ukraine ist er schon seit acht Jahren Realität. Die «Women's Initiatives for Peace in Donbas» (WIPD) versuchen, sich mit alternativen Ideen und Vorschlägen für Kompromisse und Verhandlungslösungen gegen den Strom zu stellen.**

Im Strudel der allseitigen Radikalisierung gestaltet sich dies als schwierig, eine in der Konfliktforschung leider nur allzu oft beobachtete Entwicklung. Gerade die unmittelbare Erfahrung des Konflikts und die daraus entstehende Bedrohung für Leib und Leben – und für das Überleben des eigenen Staates, wie im Fall der Ukraine – lässt wenig Raum für differenzierte Zwischentöne. Im Gegenteil, es wird von allen und jedem eine klare Positionierung bis hin zur Verleugnung der eigenen Identität verlangt. Eine solche Positionierung verlangt auch ein klares «Framing» oder die Konstruktion eines Kontextes, der die eigene Haltung bestätigt und die «andere Seite» desavouiert.

Vor diesem Hintergrund haben es Initiativen schwer, die sich für **eine Verständigung zwischen Gruppen auf den verschiedenen Seiten der Frontlinie** einsetzen. Die WIPD hatten sich genau das zum Ziel gesetzt. Im Rahmen dieser transnationalen Dialogplattform treffen sich seit 2015 Frauen aus verschiedenen Regionen der Ukraine (inklusive den nicht-kontrollierten

Gebieten um Luhansk und Donezk), Russlands und Westeuropas, um gemeinsam den Konflikt und seine Folgen zu analysieren und nach konkreten Lösungsansätzen zu suchen. **Dialog als gemeinsamer Auseinandersetzungs- und Erkenntnisprozess** wurde dabei ergänzt durch **«Diapaxis» als veränderndes Handeln**, das über den Kreis der Dialogteilnehmerinnen hinaus in die Gesellschaften hineinwirkt.

Der 24. Februar 2022 hat das so entstandene Netzwerk der sozialen Beziehungen und des langsam gewachsenen Verständnisses für die Verschiedenheit der Positionen, Interessen und Bedürfnisse auf einen Schlag fundamental in Frage gestellt. Der «Minsker Prozess», einziges politisches Format, in dem sich nicht nur die Ukraine und Russland, sondern auch die Anführer der nicht-erkannten «Volksrepubliken» seit 2014 mehr oder weniger ebenbürtig gegenüberstanden, wurde bereits zu Beginn der russischen Invasion für definitiv tot erklärt. Für zivilgesellschaftliche Gruppen rückten nun ganz andere Probleme in den Vordergrund: Der Kampf

ums Überleben trieb viele Ukrainerinnen und Ukrainer in die Flucht. Wer konnte und wollte, meldete sich als Freiwillige und half bei der Verteidigung der Städte, evakuierte Zivilisten aus den Konfliktregionen oder leistete humanitäre Hilfe. In Russland, auf der anderen Seite der Frontlinie, sorgte eine immer repressivere Gesetzgebung für Wut und Angst und machte die eigene Zivilgesellschaft praktisch mundtot.

Dennoch hat sich die WIPD-Plattform – anders als «Minsk» – als alles andere als tot erwiesen, nur als tüchtig «durcheinandergeschüttelt». Die **Herausforderungen** seit dem 24. Februar 2022 sind einerseits **technischer Natur**: Wie sollen oder können beispielsweise Teilnehmerinnen in den neu von Russland besetzten Gebieten wie Cherson oder Mariupol auf der Dialogplattform diskutieren und vertreten sein? Oder die zahlreichen Kolleginnen, die ihren früheren Wohnort verlassen haben und neu zu Internally Displaced Persons (IDP) oder Flüchtlingen geworden sind? Insbesondere gilt es bei der Dialogarbeit, die **emotionalen und ideologischen Gräben zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu überwinden**, die der Krieg noch mehr vertieft hat – nicht nur zwischen der Ukraine und Russland, sondern vor allem auch im

Verhältnis zu den Bewohnerinnen der nicht-kontrollierten Gebiete um Donezk und Luhansk, in Namen derer Moskau die Invasion lanciert hat.

Nun heisst es für die WIPD, sich in dieser neuen Situation zurechtzufinden. Zugute kommt ihnen, dass **in den Jahren des Austauschs bereits vor der Invasion Kontakte und Strukturen der Zusammenarbeit entstanden** sind, die so leicht nicht weggespült werden: Die Teilnehmerinnen haben sich intensiv kennengelernt, aus verallgemeinerten Kategorien von «wir» und «die anderen» sind einzelne Personen mit ihren Geschichten, Ideen, ihrem Witz und ihrem Schmerz geworden. Dieses Netzwerk unterschiedlicher Perspektiven und Mosaik multipler Wahrheiten birgt wertvolles Potential. Denn auch wenn ein kriegerischer Konflikt, wie der Donbas-Konflikt und der Krieg zwischen Russland und der Ukraine, auf zivilgesellschaftlicher Ebene nicht gelöst werden kann, zeigt die Erfahrung der WIPD, dass selbst in Phasen gewaltsamer Auseinandersetzung ein gemeinsames Engagement für die Lösung ganz praktischer Probleme möglich ist.

Cécile Druey, historische Konfliktforschung im ehemals sowjetischen Raum an der Universität Bern

## «WIR SIND FÜR DEN FRIEDEN»: FRAUENPERSPEKTIVEN AUS KASAN IN ZEITEN DES KRIEGES

Nachdem mein geplantes Auslandsemester in Russland aufgrund der Corona-Pandemie zwei Mal hatte verschoben werden müssen, konnte ich im Januar 2022 endlich nach Kasan reisen. Die Hauptstadt der Republik Tatarstan ist eine vierzehnstündige Zugfahrt von Moskau entfernt, also verhältnismässig nah, und auf europäischem Boden. Als ich mich gerade einzuleben begann, verdichteten sich die Gerüchte über einen russischen Einmarsch in die Ukraine – leider war es am 24. Februar so weit. Die meisten Austauschstudierenden reisten noch in der folgenden Woche ab, doch mir war es ein Anliegen, nicht überstürzt auszureisen, sondern zu verstehen versuchen, wie die Menschen in Russland zum Geschehenden standen.

Dazu hatte ich ausreichend Gelegenheit und mir begegneten denn auch eine Vielzahl unterschiedlicher Meinungen von Frauen. Zunächst waren da die Studentinnen aus meinem Tatarisch-Kurs (die zweite Amtssprache Tatarstans), welche ihr Studium gerade erst begonnen hatten. Für sie bedeutete der Krieg zunächst einmal, dass die **Tore in den Westen nun verschlossen** waren. In Westeuropa oder Amerika zu reisen, geschweige denn zu studieren, hielten sie ab sofort für ausgeschlossen. Umso mehr schätzten sie, dass ich weder kurz entschlossen nach Hause gereist war noch sie für die Kriegshandlungen in der Ukraine mitverantwortlich machte. Nichts schien mir ferner, und doch spürte ich die **Angst auf den Schultern dieser jungen Frauen** lasten. Nur mit einem einzigen jungen, russischen Mann hatte ich ein ebenso vertieftes Gespräch zum Krieg, und diesen lernte ich durch eine gemeinsame Freundin kennen. Ob es daran lag, dass Männer mit mir als Frau grundsätzlich nicht so offen sprechen wollten oder es andere Gründe gab, konnte ich nicht wirklich beurteilen.



Mit jungen Frauen aus dem Studium

Foto: Michèle Häfziger

Währenddessen schien sich in meinem Umfeld ein **Generationengraben** bemerkbar zu machen. So erzählte mir eine meiner Bekanntschaften, eine Frau Mitte 50, gleich am Tag des 24. Februar, dass sie Putin als Präsident zwar missbilligte, die jetzigen Handlungen jedoch durchaus nachvollziehen und sogar gutheissen würde. So werde das «faschistische Regime in Kiew endlich gestoppt» und der Donbass «befreit.» Als Ausländerin in Russland fühlte ich mich nicht in der Lage, offen zu



widersprechen – fürchtete ich doch um meine eigene Sicherheit, da kritische Aussagen gegen mich verwendet werden konnten.

Eine meiner Kommilitoninnen war trotz ihrer lettischen Staatsbürgerschaft und ihres Wohnsitzes in Lettland indirekt vom Krieg betroffen: Sie besass auch den russischen Pass, stammte aus einer russischen Familie und identifizierte sich stärker als Russin denn als Lettin. So erzählte sie mir auch von ihrer **Angst, im «Westen» von nun an als Feindin wahrgenommen zu werden** und mit ihrer Ausbildung an einer staatlichen Universität in Russland keine Chancen auf dem westlichen Arbeitsmarkt mehr zu haben. Eine Russin in der Schweiz, mit der ich bereits vorher bekannt war, bekam die **Wirtschaftssanktionen** direkt zu spüren: Das Eröffnen eines Bankkontos wurde ihr untersagt und erst nach grossem bürokratischen Aufwand ermöglicht.

Schliesslich dachte ich oft an meine Bekannten in der Ukraine. Während wehrpflichtigen Männern eine Ausreise schon bald verboten wurde, machten sich einige meiner ukrainischen Freundinnen **auf den Weg über Polen nach Deutschland**. Während die meisten dieser jungen Frauen nach einigen Wochen wieder in die Ukraine zurückkehrten, wollte nur eine dauerhaft in Deutschland bleiben und dort eine IT-Ausbildung beginnen. Sie war auch die einzige, die bereits fließend Deutsch sprach und sich diese Herausforderung zutraute. Der Krieg führte aber auch zur Beendigung der Freundschaft mit einer in der Schweiz wohnhaften Ukrainerin; nachdem ich nicht gleich aus Russland ausgehört war, wollte sie nichts mehr mit mir zu tun haben.

All diese Geschichten zeigen, dass der Krieg in der Ukraine und dessen Folgen gerade auch Frauen in verschiedenster Weise beeinflussen und diese vielfältigen Auswirkungen auf Menschen abseits der Kriegshandlungen nicht vergessen werden sollten. Viele insbesondere junge Frauen sprachen sich nicht direkt gegen den Krieg an sich aus, sondern sie beklagten die Sanktionen und die verschlossenen Möglichkeiten. **Aus ihrer Sicht ist es kein Krieg zwischen Russland und der Ukraine, sondern von Machtmenschen.**



«Wir sind für den Frieden! ♥♥♥»

Foto: Michèle Häfliger

Mein eigenes Auslandsemester endete etwas unkonventionell: Da sämtliche Kurse ohnehin online stattfanden und aufgrund der Sanktionen der Geldtransfer von meinen Bank- und Kreditkarten nach Russland nicht mehr möglich war, reiste ich nach einigen Wochen mit einer Kommilitonin aus meiner Heimuniversität, welche in Moskau studiert hatte, nach Zentralasien. Dort besuchten wir unsere Online-Kurse und entdeckten zusätzlich eine bis dahin völlig unbekannte Weltregion.

Michèle Häfliger, Studentin Osteuropastudien an den Universitäten Bern und Kasan

## FRAUENBEWEGUNG(EN) IM POSTJUGOSLAWISCHEN RAUM: FRAUEN, RAUS AUS DER FINSTERNIS!

**Der Zerfall Jugoslawiens führte dazu, dass Frauen aus dem Arbeitsmarkt, aus der Politik und den öffentlichen Debatten zurückgedrängt wurden. Seit Jahren setzen sich deshalb Aktivist:innen in den Staaten des ehemaligen Jugoslawien dafür ein, dass die Frauen zusammenstehen und ihre Stimme im öffentlichen Raum zurückgewinnen.**

Spricht man mit Frauen aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens, sind viele der Meinung, dass in der Zeit des Sozialismus die Stellung der Frau besser war als heute. «Ich bin in Jugoslawien geboren und gross geworden. Während in vielen anderen Ländern die Frauen für Gleichberechtigung kämpften, hatten wir in Jugoslawien dieselben Rechte wie die Männer», so Aida Feraget, eine Aktivistin aus Sarajevo in Bosnien und Herzegowina. In Jugoslawien garantierte der Staat den Frauen und Männern die Möglichkeit, Beruf und Familie zu vereinbaren. Frauen übernahmen wichtige Funktionen in Beruf, Partei und Familie.

Die Situation der Frauen hat sich mit dem Zerfall Jugoslawiens drastisch verändert. Konservative und nationalistische Kräfte haben alten Machtstrukturen, Wertvorstellungen und starren Rollenbildern neuen Glanz verliehen, wobei die **Rolle der Frau in der**

**Gesellschaft neu definiert** wurde. Das Heim wurde einmal mehr als der einzige Ort angesehen, an dem Frauen einen Beitrag zur Gesellschaft leisten können. Und so wurden Frauen zunehmend aus dem Arbeitsmarkt, aus der Politik und den öffentlichen Debatten zurückgedrängt.

### **Männliche Dominanz im privaten und öffentlichen Leben**

Gerade in den ländlichen Gebieten ist für Frauen der **Zugang zu Bildung bis heute beschränkt** und es gibt wenige Möglichkeiten für Arbeitsstellen. «Oft sehen deshalb junge Frauen aus ländlichen Gebieten eine frühe Heirat als einzige Chance, ihre Zukunft zu sichern», so Vedrana Frasto von der Organisation CURE. Sara Velaga, eine junge bosnische Kolumnistin, die sich mit der Stellung der Frau in Bosnien und Herzegowina auseinandersetzt, meint: «Die patriarchalen

Strukturen sind aber nicht nur in ländlichen Regionen stark verbreitet. Ich selbst erlebe in meinem Alltag immer wieder Situationen, in denen ich diskriminiert werde.»

Dem Global Gender Gap Report des Weltwirtschaftsforum aus dem Jahr 2022 zufolge sind in Nordmazedonien 41.7% und in Serbien 40% Frauen im nationalen Parlament vertreten, in Montenegro 27.2% und in Bosnien und Herzegowina gerade mal 26.2%. Dies, obwohl Bosnien und Herzegowina seit 1998 eine Quote festgelegt hat, die vorschreibt, dass jede Parteiliste mindestens 40% des unterrepräsentierten Geschlechts enthalten muss. In Nordmazedonien und Serbien liegen die Zahlen der weiblichen Parlamentarierinnen zwar nur etwas tiefer als in der Schweiz (42.5%), jedoch sind viele dieser Frauen Repräsentantinnen der konservativen und nationalistischen Kräfte, die die Gleichstellung von Mann und Frau kaum vorantreiben.

**Frauen** in den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens **stehen weniger häufig in einem Arbeitsverhältnis und verdienen im Allgemeinen weniger als Männer.**

Viele Frauen sind deshalb wirtschaftlich abhängig von ihrem Partner. In Kombination mit den vorherrschenden traditionellen Werten und patriarchalen Strukturen wurden Bedingungen geschaffen, unter denen häusliche Gewalt weitgehend akzeptiert wird. Insgesamt ist Gewalt gegen Frauen und Mädchen immer noch an der Tagesordnung. Die Studie zu «Wohlbefinden und Sicherheit von Frauen der OSZE» im Jahr 2019 mit Fokus auf Gewalt gegen Frauen im südöstlichen und östlichen Europa zeichnet ein eindeutiges Bild: Rund jede zweite Frau war seit ihrem 15. Lebensjahr Gewalt ausgesetzt.

**Schwächung der zivilgesellschaftlichen Stimme**

Bis heute versuchen Frauen über zivilgesellschaftliches Engagement, ihre Stimme im öffentlichen Raum zurückzugewinnen und für Gleichstellung einzustehen. Viele dieser Frauen haben sich in Organisationen zusammengetan und über Jahre Aufgaben übernommen, die vom Staat nicht wahrgenommen werden.

Ein Beispiel dafür sind die zahlreichen Frauenorganisationen, die Frauenhäuser betreiben. Viele dieser Organisationen erhalten wenig bis gar keine finanzielle Unterstützung vom Staat, obwohl die Regierungen sich durch die Ratifizierung der Istanbul-Konvention verpflichtet haben, finanzielle Mittel für Massnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen bereitzustellen.

Dazu kommt, dass in den letzten Jahren generell immer weniger internationale Gelder für Frauenorganisationen zur Verfügung stehen. Die internationalen Gelder sind heute stark umkämpft. Der tägliche Kampf um die Sicherung der finanziellen Mittel und die damit entstandene Konkurrenz zwischen den Organisationen tragen zu einer Schwächung der Stimme der Frauen in der Zivilgesellschaft bei.

**Frauen zwischen Tradition und Feminismus**

Zusätzlich erweist sich die Formierung einer starken, vielleicht sogar regionalen Frauenbewegung als schwierig, weil teilweise ein **Generationenkonflikt zwischen jüngeren und älteren Aktivist:innen** besteht. Feminismus stellt immer noch ein spaltendes und nicht nur verbindendes Element in der Frauenbewegung dar. Ein Beispiel dafür ist, dass die ältere Generation, die meisten davon Vertreter:innen von Frauenorganisationen, zum Teil bis heute davon absehen, sich als Feminist:innen zu bezeichnen. Das hängt damit zusammen, dass in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens Feminismus insbesondere in der breiten Bevölkerung bis heute zum Teil als ein Konzept des Westens betrachtet wird.

Anders sieht es bei der jüngeren Generation von Aktivist:innen aus. Die jüngere Generation ist vernetzt, lässt sich übers Internet von Aktivist:innen weltweit inspirieren und organisiert Proteste sowie Veranstaltungen mit politischen Botschaften. Sie macht sich Feminismus zu nutzen, um gegen die vorherrschenden Machtverhältnisse und die patriarchalen Strukturen anzukämpfen.



Frauentag am 8. März 2019 in Skopje Foto: Maja Janevska Ilieva

«Ich bin eine Feministin», sagt die junge Aktivistin Kalija Dimitrova aus Skopje, Nordmazedonien. Sie ist überzeugt, dass die Region über die Landesgrenzen hinaus eine starke Frauenbewegung braucht: «Nun ist es an der Zeit, dass alle Frauen zusammenstehen, Solidarität zeigen und die Stimme im öffentlichen Raum zurückgewinnen und gemeinsam für Gleichstellung kämpfen.»

Laura Meier, doktort als Soziologin an der Universität Fribourg zu feministischem Widerstand im postjugoslawischen Raum

*Der Text ist erstmals in einer etwas abgeänderten Form auf der Webseite des Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Sarajevo, Bosnien und Herzegowina, im Dezember 2019 publiziert worden. Die Zitate stammen aus Interviews, die die Autorin im Jahr 2019 mit verschiedenen Aktivist:innen aus der Region geführt hat.*

## DEN EIGENEN KÖRPER FÜR SICH BEANSPRUCHEN: IM GESPRÄCH MIT DER USBEKISCHEN KÜNSTLERIN KAMILA RUSTAMBEKOVA

**In der Geschichte Usbekistans gab es immer wieder kulturelle Blütezeiten. Zahlreiche Mathematiker und muslimische Gelehrte stammten aus der Region. Im 19. Jahrhundert wurde das Gebiet vom russischen Zarenreich kolonisiert und unter der Sowjetunion in eine der zentralasiatischen sowjetischen Republiken umstrukturiert. Heute ist Usbekistan vor allem für seine Gasvorkommen oder den austrocknenden Aralsee bekannt. Die Gesellschaft in Usbekistan wird von Männern dominiert und Frauen haben darin keinen leichten Stand.**

Die 24-jährige Künstlerin und Fotografin Kamila Rustambekova kann davon ein Lied singen. Die gebürtige Usbekin mit usbekisch-russischen Wurzeln hat in jungen Jahren bereits eine Scheidung hinter sich. Es war kein leichter Schritt in ihrem Leben, ein Schritt, vor dem sich viele Frauen in Usbekistan fürchten. Eine Scheidung wird bürokratisch erschwert, weil sie nicht den traditionellen Vorstellungen im Land entspricht.

Rustambekova sagt, dass Staat und Gesellschaft bei Scheidungen unterstützender beistehen sollten: «Die Opfer sind dabei meistens Frauen. Wenn eine Frau beispielsweise von ihrem Mann geschlagen wird und sich scheiden lassen möchte, sind der Staat und die Gesellschaft zunächst dagegen. Eine Frau wird gezwungen, ein Jahr oder länger darüber nachzudenken, ob sie sich von ihrem Ehemann scheiden lassen will. Unter Umständen muss eine Frau also noch so lange mit ihrem Gatten zusammenleben, auch wenn er sie schlägt.»

Scheidungsgründe sind unterschiedlich, die häufigsten sind körperliche Misshandlung seitens der Ehemänner, Ehebruch oder familiärer Streit. Misshandlungen von Frauen werden vom usbekischen Staat kaum kriminalisiert, da Eingriffe in das familiäre und insbesondere eheliche Leben vermieden werden. Nicht zuletzt wegen ihrer finanziellen Abhängigkeit wagen viele Frauen den Schritt nicht, sich von ihren Ehemännern zu trennen. Die Angst, allein mit ihren Kindern und finanziellen Sorgen dazustehen, herrscht vor: «Frauen werden als eine Art Gegenstand verstanden. Für Frauen bezahlt man – oftmals noch heutzutage – einen Brautpreis in Form von Geld oder Vieh. Frauen werden also buchstäblich gekauft.»

Entgegen Rustambekovas ursprünglichem Plan, in der Wirtschaftsbranche zu arbeiten, entschied sich die studierte Ökonomin, ihr Leben der Fotografie zu widmen. In ihren poetischen Bildern beschäftigt sie sich mit den Körpern von Menschen, mit der usbekischen Kultur, Tradition und Geschichte. Aktbilder faszinieren sie besonders, in denen sie die Schönheit der natürlichen menschlichen Körper verbildlichen möchte: «Durch die Aktfotografie studiere ich die Körperlichkeit und die Sexualität im Leben. Mich interessieren dabei vor allem tabuisierte Themen in unserer Gesellschaft wie der eigene Körper oder Sex. Es geht mir bei meinen Bildern darum, aufzuzeigen, dass Körper und Sexualität ganz normale Dinge sind. Ausserdem möchte ich, dass Menschen ihren eigenen Körper akzeptieren und lieben lernen.»

Rustambekova bereist das Land, führt Gespräche mit

Frauen aus städtischen wie auch ländlichen Gegenden und beschäftigt sich so mit ihren Wurzeln. Ein Thema, mit dem sie sich im Rahmen ihrer Fotografie beschäftigt und über welches sie Gespräche mit Frauen in ganz Usbekistan geführt hat, ist die Jungfräulichkeit. Darauf wird nicht nur in religiösen oder konservativen Familien Wert gelegt, die Kultur rund um die Jungfräulichkeit erstreckt sich quer durch die Gesellschaft Usbekistans: «Nicht einmal deine Jungfräulichkeit ist dein Eigentum. Deine Jungfräulichkeit ist das Eigentum von Männern – deines Vaters, der dafür zur Verantwortung gezogen wird, und deines Ehemannes, [der sie für sich beansprucht].»



Mädchen in Usbekistan

Foto: Kamila Rustambekova

Als Jugendliche ärgerte sich Rustambekova oftmals über ihr Land, vor allem über konservative Ansichten in der Gesellschaft, durch die sie sich eingegrenzt fühlte. Sie genoss es, bei ihren Verwandten in Russland zu Besuch zu sein, bei denen sie sich freier fühlte. In den letzten Jahren änderten sich ihre Betrachtungen. Inspiriert durch dekoloniale Betrachtungsweisen hinterfragt sie den russischen Einfluss in Zentralasien und will sich mit den lokalen Kulturen auseinandersetzen. So lernt sie die usbekische Sprache und hat sich gegen eine Auswanderung nach Russland entschieden. Um finanziell über die Runden zu kommen, arbeitet die Künstlerin auch als professionelle Fotografin für Modetags und Werbekampagnen.

Kamila Rustambekova hat sich für den schwierigeren Weg entschieden. Sie liess sich von ihrem Mann scheiden, arbeitet als Künstlerin und Fotografin und finanziert ihren Lebensunterhalt selbst. Dies bereut sie nicht, denn endlich fühlt sie sich frei in ihren Entscheidungen und Lebensentwürfen.

Berenika Zeller, Studentin Osteuropastudien an der Universität Bern

## SPENDENAUFTRUF

Die SHV führt ihre Aktivitäten im Westbalkan und in der Schweiz fort. Die Mitglieder des Vorstandes arbeiten mit viel Energie an den Projekten. Wir brauchen aber auch finanzielle Mittel dazu. Deshalb bitten wir Sie um eine kleine oder grössere Spende und danken Ihnen schon jetzt herzlich dafür.



PC-Konto 80-60501-5 / IBAN CH03 0900 0000 8006 0501 5

Schweizerische Helsinki Vereinigung, Bleicherain 7, 5600 Lenzburg - Vermerk Spende

Die QR-Rechnung wurde schweizweit eingeführt. Auch mit QR-Einzahlungsscheinen können Sie über Ihren gewohnten Kanal bezahlen: per E-Banking, per Zahlungsauftrag an Ihre Bank, am Postschalter oder am Einzahlungsautomaten. Der QR-Code enthält alle wichtigen Zahlungsinformationen und ist digital lesbar – zum Beispiel mit dem Smartphone oder einem Belegleser.

## SHV-VORSTAND

**Christoph Lanz**, Dr.iur., LL.M., ehem. Generalsekretär der Bundesversammlung, *Präsident*  
*christoph.lanz@shv-ch.org*

**Marie-Ursula Kind**, lic. iur., LL.M., Theologin, ehemalige juristische Mitarbeitende des ICTY,  
*Vizepräsidentin*  
*marie.ursula.kind@gmail.com*

**Michèle Häfliger**, B.A. Osteuropastudien, Masterstudentin an den Universitäten Bern und Fribourg,  
*michelemariahaefliger@gmail.com*

**Fabian Hunold**, lic.phil., Diplomat  
*fabianhunold@gmail.com*

**Berry Kralj**, lic.iur, Programme Director Western Balkans & Romania, Intl. Cooperation Section,  
Caritas Schweiz  
*berrykralj@bluewin.ch*

**Daniel Müller**, M.A. Europastudien, Wissenschaftlicher Mitarbeiter Kanton Zürich  
*daniel.mueller@alumni.unifr.ch*

**Paulina Piotrowska-Motyka**, Übersetzerin  
*piotrowska-motyka@gmail.com*

**Franziska Rich**, dipl.phil. II, ehem. Leiterin der Entwicklungszusammenarbeit mit Russland im Institut  
G2W-Ökumenisches Forum  
*franziska.rich@gmail.com*

**Nicholas Rüegg**, B.A. in Übersetzung und mehrsprachiger Kommunikation  
*nicholas.rueegg@unifr.ch*

**Hanspeter Spörri**, Journalist und Moderator  
*h.spoerri@bluewin.ch*

**Rolf Stücheli**, Dr.phil. lic.rer.publ. HSG, Historiker und Politologe, ehem. Minister EDA  
*roky.stuecheli@bluewin.ch*

**Sybille Suter**, lic.iur., ehem. Botschafterin der Schweiz in Nordmazedonien  
*sybille.suter@pesy.ch*

## EHRENPRÄSIDIUM

**Marianne von Grünigen**, Dr.iur. LL.M., a. Botschafterin

## SCHWEIZERISCHE HELSINKI VEREINIGUNG SHV

**SHV-Sekretariat**, Netzwerk Müllerhaus, Bleicherain 7, CH-5600 Lenzburg  
062 888 01 75, *info@shv-ch.org*, *www.shv-ch.org*